

## Protokoll Fachgespräch „Sicheres Nachtleben“ – 03. Juli 2019

Veranstalter: Josha Frey MdL für die Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg  
Protokollantin: Barbara Jacquesson

### ReferentInnen:

- Alexander Bücheli (*Berater in Präventions- und Schadensminderungsanliegen im Bereich Nachtleben und Freizeitdrogen, Zürich, Schweiz*)
- Dr. Ute Mons (*Leitung der Stabsstelle Krebsprävention des Deutschen Krebsforschungszentrums, Heidelberg*)
- Juliane Blanck, Maren Schusser, Philipp Weber (*Projekt Take – Verein Release Stuttgart*)
- Sebastian Simon (*Geschäftsführer des Nachtclubs Lehmann, Stuttgart*)

Am 3. Juli 2019 lud Josha Frey MdL im Auftrag der Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg zu einem Fachgespräch „Sicheres Nachtleben“ ein. Ziele des Fachgesprächs waren die Ermittlung des Bedarfs und Handlungsspielraums für die Schaffung eines Netzwerkes mit Gütesiegel für Einrichtungen des Nachtlebens (Clubs, Bars und Eventlocations), welches zur Verbesserung der Sicherheit, Prävention und der Schadensminderung dienen soll.

Beispielhaft dafür ist das Schweizer Konzept „Safer Clubbing“, das 2004 in Zürich entstanden ist. Dieses wurde bei dem Fachgespräch von Herrn Alexander Bücheli präsentiert. Vorgestellt wurde darüber hinaus von dessen Team das Präventionsprojekt „Take“. Mit den Vorträgen von Frau Dr. Ute Mons und Herrn Sebastian Simon konnten zudem das Thema über die Perspektive der Wissenschaft, öffentlichen Gesundheit und aus dem Blickwinkel eines Clubbetreibers betrachtet werden.

Zunächst wurde dargelegt, dass ein florierendes Nachtleben, neben positiven Aspekten, auch mit negativen Auswirkungen für die Gesundheit und das Sozialleben verbunden ist. Ursache dafür ist überwiegend der exzessive und missbräuchliche Konsum von legalen und illegalen Suchtmitteln insbesondere durch junge Menschen. Ferner hervorgehoben wurde das Vollzugsproblem in Bezug auf das Nichtraucherschutzgesetz in Diskotheken und Bars, welches zu massivem Passivrauchen im Nachtleben für BesucherInnen und Arbeitskräfte führe.

Weitgehende Einigkeit bestand bei den Teilnehmern über die Notwendigkeit eines besseren Austausches zwischen den verschiedenen Stakeholdern des Nachtlebens. Hierzu bietet das Konzept „Safer Clubbing“ ein gutes Beispiel. Dazu gehört auch ein Runder Tisch, bei dem Club- und BarbesitzerInnen, Veranstalter, Polizei, Entscheidungsträger, Anwohner, Sanitäter, Sozialarbeiter, regelmäßig und in einem festgelegten Rahmen regelmäßig in den Austausch treten um sich abzustimmen, sich gegenseitig zu informieren und gemeinsame Verbesserungsansätze zu erarbeiten.

Über den Austausch hinaus könnte ein solcher Runder Tisch weitere Funktionen erfüllen: So könnte auf diesem Weg die Koordination von Schulungsangeboten für MitarbeiterInnen von Einrichtungen des Nachtlebens gewährleistet werden. Besonders hervorgehoben von den TeilnehmerInnen des Fachgesprächs wurde die Wertschätzung von Schulungen für MitarbeiterInnen sowie der Wunsch nach einer Verbreitung bzw. Systematisierung der Teilnahme an Schulungen. Erwogen wurde auch, Schulungen verpflichtend zu machen.

Ferner könnte der Runder Tisch eine Monitoring-Funktion für die Durchführung von Projekten übernehmen. Dies wäre beispielsweise für ein Projekt wie „Take“ hilfreich.

Bei „Take“ handelt es sich um ein Präventionsprojekt, das aufsuchende Information und Beratung, Peer-Arbeit (Schulungen, Begleitung) und zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit vereint. Dessen MitarbeiterInnen stellten das Projekt vor und gingen auf die verbesserungswürdigen Punkte ein.

Die Nachfrage nach den Projekteinsätzen sei groß und würde seit Projektbeginn steigen. Bei dem Nachtleben-Publikum und bei den teilnehmenden Veranstaltern käme das Projekt gut an. Das Team bedauerte aber, dass manche Veranstalter die Einsätze von „Take“ ablehnen aus Sorge, von außen als „drogenbetroffen“ wahrgenommen zu werden. Damit verbunden sei die Befürchtung, dadurch aus polizeilicher Sicht in Verdacht zu geraten. Aus Sicht des Take-Teams bedarf es deshalb einer besseren Sensibilisierung aller beteiligten für das Projekt und von Politik und Verwaltung ein offizielles Bekenntnis zum Projekt, um dessen Image zu verbessern. Sie forderten zudem eine bessere finanzielle Unterstützung von „Take“. Die Mittel müssten verstetigt werden, um Planungssicherheit zu gewährleisten und erhöht, um der Nachfrage gerecht zu werden.

Zentraler Punkt der Diskussion war außerdem die Suchtpolitik allgemein. Hierzu wurde eine grundlegende Überarbeitung gefordert.

Dabei ging es zum einen um die gesetzliche Lage bezüglich des Konsums von Cannabis. Das Verbot schaffe es faktisch nicht, den Konsum zu verhindern und stelle eher ein Hindernis zur Suchtprävention und Frühinterventionen bei problematischem Konsum. Generell verhindere die Kriminalisierung von Drogenkonsum einen offenen Umgang mit den damit verbundenen Risiken und erschwere den Zugang zu Hilfsangeboten.

In dem Zusammenhang gab es zum anderen die Forderung nach der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Ermöglichung von Drugchecking-Angeboten (Möglichkeiten zum Überprüfen der Inhaltsstoffe von Drogen), um auf diesem Wege im besonderen Kontext des Nachtlebens die Gefahren, die beim Konsum von Substanzen mit einer nicht bekannten Zusammensetzung entstehen können, zu vermindern, und die Risiken von Drogenkonsum zu mindern.